Vergangenheit das neu zu schaffende Gute der Zukunft aufbauen wollen, wünschen Millionen Deutsche Wilhelm II. einen langen und friedlichen Lebensabend."

Empörung und Abscheu wird jeden, der sich nicht zu dem Monarchistenpack zählt, ergreifen, wenn er sich das Hohnvolle dieser Monarchistenepistel durch den Kopf gehen läßt. Die Frontsoldaten, die ihr „oberster Feldherr" feig im Stich ließ, als die Politik seiner Regierung den Zusammenbruch unvermeidlich machte, und die nur durch die Regierungssozialisten daran gehindert wurden, ihm das verdiente Schicksal abgesetzter reaktionärer Fürsten oder gewöhnlicher Deserteure zu bereiten, pfeifen auf das im Sinne des „alten Guten" neu zu schaffende Gute, das dem dreißigjährigen Regime Wilhelms des Hohenzollern eine würdige Fortsetzung bilden soll. Die Kriegskrüppel, die Witwen und Waisen haben am 27. Januar nur Flüche für den Hohenzollern übrig gehabt. Sie haben auch am eigenen Leibe erfahren, daß die bürgerlichen Nachfolger der blaublütigen Diktatoren nicht dem werktätigen Volke, nicht der breiten Masse Frieden, Wohlfahrt und ungeahnte Entwicklung auf den Gebieten der Kultur gebracht haben, noch bringen werden, sondern dann ihr Lebensglück, die Anerkennung ihrer Menschenrechte nur das Ergebnis eines erbitterten Kampfes gegen die heute noch herrschende Klasse sein kann. In dieser Erkenntnis wird die in den Lobgesängen der bürgerlichen Presse der deutschen Republik zum Ausdruck kommende Hoffnung der deutschen Reaktion auf restlose Erreichung aller ihrer Ziele früher oder später zuschanden werden. Und daran wird auch die Vorarbeit der sozialdemokratischen Koalitionspolitiker nichts ändern können.

Herr Staegemann ist auch dabei

Um zu zeigen, daß der alte Satz Heines vom „Deutschen", dem nur noch der Schwanz fehlt, um wie ein Hund zu wedeln, auch „Kunst" und „Künstler" trifft, hat sich der Dresdner Kammersänger Staegemann in persona bei Wilhelm in Doorn eingefunden, um ihm etliche Ständchen zu bringen. Die deutsche Republik ist diese Künstler wert . . .

Rupprecht prophezeit Rückkehr!

München, 28. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Sonntag fand aus Anlaß des Geburtstages des ehemaligen Kaisers ein Frühstück der bayrischen Offiziersverbände statt. Rupprecht von Bayern brachte dabei einen Trinkspruch aus, in dem er nach einer Verherrlichung der monarchistischen Vergangenheit Deutschlands u. a. sagte: „Möchten solche Zeiten wiederkehren und möge es S. M. vergönnt sein, in gesegnetem Alter die Morgenröte eines schöneren Deutschlands zu erblicken."

Hugenbergs Söldner fordern sie!

Die Deutschnationale Volkspartei, Landesverband Hamburg, hat folgende Entschließung angenommen: Ueber tausend versammelte deutsche Männer und Frauen fordern die Rückkehr des Kaisers in die Heimat. Es ist des deutschen Volkes unwürdig, dieses ungeheure Unrecht länger zuzulassen. Das Recht jedes Deutschen, im Vaterlande zu leben, kann auch dem Kaiser, der in 30jähriger Regierungszeit nur das Edelste des Deutschen Reiches und Volkes gewollt hat, nicht vorenthalten werden.

Im Zusammenhang mit der täglich wachsenden faschistischen Gefahr in Deutschland gewinnt diese Proklamation der Hugenberg-Söldner besondere Bedeutung. Augen auf, Arbeiter, ehe es zu spät ist!

Auch in Plauen Textilarbeiterstreik

Gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch

Auch in der wichtigen Textilstadt Plauen haben die Textilarbeiter den Kampf begonnen. Am 22. Januar trat die Belegschaft der Gardinenweberei B. und D. Mayer, sowie die Belegschaft der Webspitzenwerke, Hartenstein, Rich. Ganz, G. m. b. H., in den Streik.

Die Plauener Textilarbeiter kämpfen, trotz des verbindlich erklärten westsächsischen Textilschiedsspruches, um eine Erhöhung der erbärmlich niedrigen Löhne.

Kampf ist der einzige Weg, um zu einer Lohnerhöhung zu kommen. Jetzt müssen die Textilarbeiter auf der ganzen Linie unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen zum Angriff vorgehen.

Geschlossen gegen die Spaltungsmaßnahmen der DMV-Bureaukratie

Die Generalversammlung des DMV, Verwaltungsstelle Dorsten, die am 19. Januar stattfand, nahm u. a. auch zu dem Ausschlußverfahren gegen den Genossen Gustav Ossa Stellung und **lehnte einmütig dessen Ausschluß ab. Auch die sozialdemokratischen Kollegen mußten bekennen, daß der Genosse Ossa einer der rührigsten und erfolgreichsten Funktionäre für den DMV ist.** Deshalb schlugen die sozialdemokratischen Kollegen vor, die gesamte alte Leitung einschließlich des Genossen Ossa wieder zu wählen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen, was einen einmütigen Protest gegen den Spaltungsterror gleichkommt. **Neben dem Genossen Ossa sind noch gegen 70 bis 80 weitere oppositionelle Kollegen Ausschlußverfahren eingeleitet worden.** Alle DMV-Mitglieder müssen ebenso einmütig wie die Verbandsmitglieder in Dorsten gegen das Wüten der reformistischen Bureaukratie Stellung nehmen.

Hoffmann befördert zum Oberlandesgerichtsrat in Hamm

In der „demokratischen" Republik ist alles möglich, besonders im Reiche der Klassenjustiz. Man denke an die empörenden Zuchthausurteile der Richter, wenn Arbeiter mit den bürgerlichen Gesetzesparagraphen in Konflikt kommen und vergleiche die „Urteile" über ihre eigenen Klassengenossen — Kölling und Hoffmann. Dann wird sich niemand wundern, wenn aus der Strafversetzung eine Beförderung geworden ist.

Der preußische Justizminister hat den Landgerichtsdirektor Hoffmann zum Oberlandesgerichtsrat in Hamm i. W. befördert.

Nette Aussichten für den Kölling, der bis Ende März Urlaub hat. Und das alles geschieht in dem Preußen, in dem die SPD mit Stolz verkündet, nun schon 10 Jahre zu regieren.

Einfach fabelhafte Regierungserfolge!

Entrechtung kommunistischer Parlamentarier in der Tschechoslowakei

Prag, 24. Januar 1929.

Acht Genossen von Banska Bystrice, die während einer Parteikonferenz beim Eindringen der Polizei ohne jeden Grund verhaftet wurden, stehen seit 21. Januar im Hungerstreik.

Der Abgeordnete Genosse Harus, der am 18. Januar zu sieben Monaten schweren Kerkers und zum Verlust des Wahlrechts für fünf Jahre bedingt verurteilt wurde, wurde heute nochmals zu vier Monaten schweren Kerkers verurteilt, und zwar wegen Teilnahme an einer Protestkundgebung während des Prozesses gegen Genossen Rakosi und wegen einer dabei gehaltenen Rede. Diese Verurteilung bewirkt, daß das erstgenannte bedingte Urteil **sofort in Kraft tritt und Genosse Harus sein Mandat als Abgeordneter verliert.**

Die Rote Hilfe der Tschechoslowakei und die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei organisieren Protestaktionen gegen die über Genossen Rakosi und andere Gefangene der ungarischen Justiz verhängten Strafverschärfungen. In vielen Betrieben wurden Protestresolutionen angenommen.

Die Arbeiter billigen den Kampf gegen den Trotzkismus

Eine Widerlegung der Schwindelmeldung der deutschen Presse

Moskau, 25. Januar 1929.

Die Presse bringt die ersten Aeußerungen der Arbeiterschaft zur Verhaftung der trotzkistischen Organisation. In Leningrad fanden in allen großen Fabriken Versammlungen statt, in denen über die Verhaftung der Trotzkisten gesprochen wurde. Die Arbeiter verurteilten einstimmig die konterrevolutionären Umtriebe. Die Arbeiter des Werkes „Der Rote Putilowetz" nahmen eine Entschließung an, in der sie erklärten, daß sie die Verhaftung der frechen trotzkistischen Gruppe für durchaus richtighalten und in der sie die Regierung auffordern, auch in Zukunft gegen jeglichen Versuch des konterrevolutionären Trotzkismus, das Werk der Arbeiter zu zustören, die strengsten Maßnahmen zu ergreifen. In der Entschließung heißt es weiter: „Für die trotzkistische, ausgesprochen konterrevolutionäre Gruppe ist in der Sowjetunion kein Raum."

Konferenz Moskauer Betriebsvertreter mit Litwinow

Moskau, den 24. Januar 1929.

Auf die Initiative der Arbeiter der größten Moskauer Fabriken fand Donnerstag im Gebäude des Außenkommissariats eine Zusammenkunft von Delegierten der Arbeiterschaft dieser Betriebe mit den Mitgliedern des Kollegiums und der hohen Beamten des Außenkommissariats statt. Nach Litwinow, der die Fragen der Delegierten über die internationale Lage der Sowjetunion beantwortete, sprach eine Anzahl von Arbeitern, die darauf hinwiesen, daß dies die erste Zusammenkunft und Aussprache zwischen Fabrikarbeitern und Leitern der Außenpolitik eines Staates in der Welt sei. Die einstimmig angenommene Entschließung billigt die Arbeiten des Außenkommissariats in seinem unermüdlichen Kampf um den Frieden und weist darauf hin, daß dieser Arbeit die Unterstützung der Arbeiterklasse der Sowjetunion und ihre Bereitschaft, für den Frieden und für die Unabhängigkeit des Sowjetstaates zu kämpfen, stets sicher ist. Die Versammlung beschloß, an Tschitscherin ein Begrüßungstelegramm zu senden.

Vom Tage

Die größte deutsche Textrinfabrik niedergebrannt

Frankfurt a. d. Oder. In den Abendstunden des Sonnabends ist das große sechsstöckige Fabrikationsgebäude der Koehlmann-Stärkefabrik-AG. vollkommen niedergebrannt. Während noch in allen Abteilungen gearbeitet wurde, entstand gegen 19 Uhr in der Dextrinfabrik durch Heißlaufen einer Welle eine kleine Explosion, deren Flammen in den leicht brennbaren Fabrikationsstoffen sofort reiche Nahrung fanden. Nur mit Mühe gelang es der etwa 200köpfigen Belegschaft, ihre Arbeitsstätten zu verlassen. Noch ehe die Löscharbeiten begannen, hatten die Flammen fast den ganzen Bau zerstört.

Schwere Unfälle beim Wintersport

Ueber 100 Verletzte!

TU. Berlin, 28. Jan. **Wie die Montagspost ergänzend berichtet, hatte der Wintersportbetrieb in der Umgebung Berlins am Sonntag eine Rekordzahl von Unglücksfällen zur Folge. In die Berliner Krankenhäuser wurden über 100 Personen eingeliefert, aber nur die Schwerverletzten, die besonders schwere Brüche erlitten hatten — im ganzen 37 — wurden in den Kliniken zurückbehalten. Die übrigen wurden mit Verbänden in ihre Wohnungen übergeführt. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich auf dem Weißen See. Dort brach ein noch unbekannter Mann mit seinem Schlitten ein und ging unter. Ein 16 Jahre alter Gärtnergehilfe, der dem Ertrunkenen nachsprang, erlitt selbst erhebliche Verletzungen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die meisten Rodelunfälle, die vor allem auf den völlig ungeregelten Betrieb und auf die Vereisung der Bahnen zurückzuführen sind, ereigneten sich in den Müggelbergen und im Grunewald.**

Fünf Verletzte bei einer Messerstecherei im Berliner Norden

TU. Berlin, 27. Jan. **In der Nacht zum Sonntag kam es in einer Gastwirtschaft in der Rosenthaler Straße im Berliner Norden zu einer wilden Schlägerei und Messerstecherei, wobei fünf Personen verletzt worden sind, darunter auch der Kellner. Die Polizei nahm mehrere an dem Streit beteiligte Personen fest.**

200 Personen an Vergiftungserscheinungen erkrankt

TU. Amsterdam, 26. Januar. **Bei der Jahresfeier der Personalvereinigung der Rotterdamer Versicherungsgesellschaft, an der am Freitagabend 550 Personen teilnahmen, erkrankten nach dem Genuß von Hummern und Krabben 200 Personen an Vergiftungserscheinungen. Sie wurden vom städtischen Gesundheitsdienst ins Krankenhaus gebracht.**

Großfeuer in Schwerin

TU. Schwerin, 28. Jan. Am Sonntag herrschte in Schwerin ein Großfeuer, das die Hofpianofortefabrik Gebr. Perzina zum größten Teil in Asche legte. Das Maschinenhaus, das Kesselhaus sowie die umfangreichen Werkstätten sind in wenigen Stunden ein Raub der Flammen geworden. Fast sämtliche Maschinen sind durch das Feuer zerstört worden. Etwa fünfzehn Fertigfabrikate und ein großer Teil von Teilfertigfabrikaten sind mit vernichtet worden. Das Holzlager, das in der Nähe des Maschinenhauses gelegen ist, konnte vor dem Uebergreifen der Flammen geschützt werden. Der Sachschaden wird mit 600 000 bis 700 000 Mark angegeben. Als Entstehungsursache des Brandes wird Brandstiftung vermutet.

Schlagende Wetter in einem amerikanischen Bergwerk

8 Tote — 15 Vermißte

London, 26. Jan. Auf einer Grube bei Kingston in West-Virginia sind in der vergangenen Nacht durch Explosion 23 Bergarbeiter eingeschlossen worden. 60 konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Bis jetzt sind acht Leichen geborgen worden. Es werden noch 15 Personen vermißt; aber es besteht wenig Hoffnung, sie lebend zu bergen.

Amtlicher Wintersport-Wetterdienst vom 28. Januar

Bereits am Sonnabend konnte infolge der günstigen Schneeverhältnisse von einer Einzelbenennung der Orte abgesehen werden. Dies ist auch heute Montag morgen noch der Fall. Zu der am Sonnabend gemeldeten Schneehöhe ist im Erzgebirge noch 5—15 Zentimeter Neuschnee hinzugekommen. Die Temperaturen betragen 5—11 Grad Kälte. Sie sind im Ansteigen begriffen. Der Himmel ist bedeckt bis wolkig und vereinzelt **kommt es heute auch noch zu etwas Schneefall.**

Die Freidenker des Unterbezirks Dresden für die Opposition

Vorstand aus acht Oppositionellen und einem Sozialdemokraten zusammengesetzt — Renegat Melcher stimmt gegen Kommunisten

Am gestrigen Sonntag fand im Dresdner Volkshaus die UB-Konferenz des UB Dresden im VfFuF statt. Aus dem Bericht des sozialdemokratischen 1. Unterbezirksvorsitzenden Jakob ging hervor, daß sich unter der Leitung des oppositionellen UB-Vorstandes die Aktivität der einzelnen Ortsgruppen gesteigert hat. Das kommt im Anwachsen der Mitgliederzahlen im UB zum Ausdruck: 1927 7273, 1928 8813 Mitglieder. Eine große Anzahl von Sitzungen war nötig um all die Fragen, die im UB geklärt werden mußten, zum Abschluß zu bringen. Jakob vermied es, soweit dies möglich war, bei bestimmten Fragen in seinem Bericht politische Fragestellung anzuwenden, erklärte, wenn er objektiv berichten solle, so wäre das eine heikle Situation für ihn, trotzdem aber mußte er, nachdem er die Arbeit der Freidenker für Beseitigung religiöser und monarchistischer Inschriften an den Schulgebäuden, den Kampf für gemeinsamen Maiumzugsmarsch gestreift und auf die in Bälde stattfindende Kirchenaustrittswoche hingewiesen hatte, auf den nur von der Opposition gründlich geführten Kampf gegen die verschiedenen Abarten „religiöser Sozialisten" eingehen. Dabei kam nicht nur das rein im Unterbezirksmaßstabe zu verzeichnende Vorstoßen der „religiösen Sozialisten", wie es anläßlich des Vortragsabends des sozialdemokratischen Pfarrers Fuchs, Eisenach, zu verzeichnen war, zur Sprache, sondern auch der Vorstoß und die Sammlung dieser Bewegung im Reiche unter Führung sozialdemokratischer Koalitionsminister (Scheidemann), Parteiführer (Stampfer vom Vorwärts, Wels) und Gewerkschaftsbureaukraten. Das ruft den Widerspruch bei den anwesenden sozialdemokratischen Delegierten hervor, aber: diese Feststellungen entsprechen den Tatsachen. Die Freidenkerbewegung hat mit diesen Tatsachen zu rechnen und ihre Lehren daraus zu ziehen. Die Lage im Verband überging Jakob mit wenigen Sätzen, wies nur darauf hin, „daß die Frankfurter Generalversammlung statt Klärung Unsicherheit gebracht habe". Hier sei nicht das letzte Wort gesprochen. (!) Zum Konkordat sagte er, man müsse sich „diejenigen genau ansehen, die auf Grund ihrer Ministersessel die Schule an die Kirche verschachern wollen". **Eine große Protestkundgebung gegen das Konkordat soll demnächst in einem der größten Dresdner Säle stattfinden.** Die kulturpolitische Arbeit soll von einem noch zu wählenden Kultur- und Propagandaausschuß stärker **als bisher** vorangetrieben werden. In den Ortsgruppen sollen Kulturobleute gewählt werden. Im übrigen werde sich beim Kampf gegen das Konkordat zeigen, ob das bisher von den Arbeiterparteien gezeigte Interesse anhält. Die Arbeiterstimme, das Organ der Kommunistischen Partei, habe die vom UB-Vorstand übersandten Artikel nicht so behandelt, wie es notwendig gewesen wäre, während die Dresdner Volkszeitung die Einsendungen meist vollkommen ignoriert habe. Aber — die betreffenden Parteien könnten dafür nicht verantwortlich gemacht werden. (!) Anschließend hieran erstattete Gen. Schulze als Kassierer den Kassenbericht, aus dem zu entnehmen war, daß die Dresdner Volkszeitung für Veröffentlichung von Versammlungsnotizen usw. 161 Mark auf das Jahr 1928 errechnet und auch ausgezahlt erhalten hat. (!) Nachdem dem Kassierer Entlastung erteilt, spricht Gen. Jorner (Opp.) zu den erstatteten Berichten. Er weist zunächst die gegen die Arbeiterstimme erhobenen Vorwürfe zurück und stellt fest, daß die der Arbeiterstimme übersandten Artikel restlos erschienen sind, daß anderseits die von oppositionellen Freidenkern eingesandten Arbeiterkorrespondenzen, die kritisch zu den Vorgängen im Vorstand Stellung nehmen, abgedruckt worden sind, und auch in Zukunft ebenso wie die verbandsoffiziellen Einsendungen abgedruckt werden. Wenn die Arbeiterstimme für Vereinsnotizen usw. nichts berechne, so beweist sie, daß es ihr mit dem Kampf der Freidenker, der nur ein Teilgebiet im proletarischen Befreiungskampf ausmacht, ernst ist. Die Finanzpolitik der Dresdner Volkszeitung aber fügt sich ein in den von den sozialdemokratischen Führern betriebenen entgegengesetzten Kurs, für den man die Partei verantwortlich machen muß. Hierauf erhält Gen. Wilhelm (Opp.) das Wort. Er rechnet in klaren Worten **mit den Verfechtern des Konkordats und mit denen, die ihnen** Hilfsstellung leisten, mit jenen „katholischen Sozialisten" Leipart, Wels, Stampfer, Scheidemann, ab. Diese Feststellungen sind der SPD-Freidenkerfraktion unangenehm. Sie versuchen, durch Zwischenrufe zu stören. Es gelingt nicht. Nachdem Gen. Wilhelm seine Ausführungen beendet, wird Schluß der Debatte beantragt und dies auch beschlossen. Eine Anzahl Anträge lagen vor, die zumeist ein stärkeres Auftreten, stärkeres Betonen des proletarischen Freidenkerstandpunktes gegenüber allen Gegenströmungen forderten.

Kampf gegen das Konkordat in Verbindung mit anderen proletarischen Organisationen,
Wiederaufnahme oppositioneller Freidenker,
Mißtrauensanträge gegen den Hauptvorstand wegen Auflösung des Unterbezirks Hagen,
Herabsetzung der Beiträge,
Veröffentlichung der auf der IfF-Tagung eingebrachten und angenommenen Resolution über „Demokratie in der IfF" im „Freidenker",
Einheitliche Erhebung des Kulturbeitrages,
Errichtung dissidentischer Kindergärten,

diese Forderungen und Anträge der Opposition werden einstimmig oder mit Mehrheit angenommen, obgleich von seiten der sozialdemokratischen Fraktion alles versucht wurde, die Behandlung politisch-bedeutsamer Anträge zu hintertreiben. Die Opposition nagelt aber die Sprengungsversuche der Reformisten fest, und schon die Abstimmung über eine Protestresolution der Gruppe Friedrichstadt zeigt mit ihrem Stimmenverhältnis von über 70 Ja-Stimmen, daß die politischen Parolen der Opposition, die Forderung nach entschieden proletarischer Freidenkerpolitik in den Reihen der klassenbewußten Freidenker gutgeheißen wird, als im Interesse der proletarischen Gesamtbewegung liegend anerkannt und unterstützt wird. Deshalb mußte die fraktionsmäßig gebundene SPD auch bei der nunmehr folgenden Wahl des UB-Vorstandes eine deutlich abjagende Antwort der Mehrheit der Delegierten erhalten. Die Opposition schlug den alten Vorstand vor, die SPD-Fraktion verlangte durch ihren Wortführer Eckardt Einzelabstimmung. Es wurde gewählt Jakob (SPD) im ersten Wahlgang gegen Schierack (Opp.) mit 61 gegen 60 Stimmen. Melcher erklärte auf Zuruf, er habe bewußt für den Sozialdemokraten Jakob gestimmt. (!) Bei der Wahl der übrigen Mitglieder des UB-Vorstandes zeigte sich dann ein ganz klares Bild. Es wurden gewählt als:

2. Vorsitzender: Gen. Schierack (Opp.) 74:51 Stimmen,
1. Kassierer: Gen. Schönherr (Opp.) 58:45 u. 21 (3 Kand.)
2. Kassierer: Gen. Schröder (Opp.) 71:50
1. Schriftführer: Gen. Schäfer (Opp.) 71:51
2. Schriftführer: Gen. Heine (Opp.) 72:53
Beisitzer: Gen. Brömme (Opp.) 72:55; Koch (Opp.) 72:51; Fracke (Opp.) 71:51 Stimmen.

Damit haben die Delegierten bewiesen, daß sie in ihrer Mehrheit erkannt haben, um was es geht. Sie haben gezeigt, daß sie gewillt sind, den in Berlin betriebenen Spaltungskurs gegen die Opposition nicht nur nicht mitzumachen, sondern darüber hinaus für die Opposition und deren Forderungen einzutreten, einzutreten gegen eine reformistische Bureaukratie, weil Opposition und Kampf der Opposition proletarische Freidenkerbewegung und entschiedener proletarischer Kulturkampf heißt und von jedem ernsthaft denkenden proletarischen Freidenker anerkannt und selbst aktiv mitgeführt werden muß. In diesem Sinne war diese UB-Konferenz schon ein bedeutsames Signal. Sie zeigt die Kräfteverhältnisse innerhalb des Verbandes, aus denen jeder ersieht, welche Strömungen den Kampf gegen die Kulturreaktion fördern und — welche ihn hemmen. Das Ergebnis der UB-Konferenz aber beweist den Grad der politischen Erkenntnis, der politischen Reife in den Reihen der Freidenkerfunktionäre, die hier reformistischen Umbiegern proletarischen Kulturkampfes eine deutliche, absagende **Antwort gaben.**